

Abstimmungsempfehlungen der SN-Redaktion

# Für unsere Nachkommen

Der demografische Wandel setzt die AHV unter Druck. Damit die Altersrenten junger Menschen und künftiger Generationen sicher sind, braucht es eine Reform.

Reto Zanettin

Die aktuelle AHV-Reform ist nichts, womit sich die Schweizer Politik auszeichnen könnte. Frauen sollen ein Jahr länger arbeiten, also bis 65 statt bis 64. Und alle, die täglich Geld ausgeben, müssen eine leicht höhere Mehrwertsteuer hinnehmen. Trotzdem ist diese AHV-Reform notwendig. Seit 25 Jahren ist keine mehr gelungen. Inzwischen ist der demografische Wandel aber fortgeschritten. Menschen leben länger und die geburtenstarken Jahrgänge gehen in Pension. Das bringt die erste Säule der Altersvorsorge zusehends in Schieflage. Die Ausgaben – Renten, die entrichtet werden – wachsen rascher als die Einnahmen, zu denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beitragen. Das aktuelle Rentenniveau könnte darum schon in naher Zukunft nicht mehr finanzierbar sein.

Es hilft darum nichts, die Frauen als Opfer der Reform zu sehen. Das sind sie nämlich nicht unbedingt. Viel eher sollten wir uns als Verantwortliche für das materielle Wohl unserer Nachkommen begreifen.

Wohl werden Frauen länger arbeiten müssen und damit ein Jahr verlieren, in dem sie AHV-Leistungen beziehen könnten. Doch erstens erhalten die neun Jahrgänge von 1961 bis 1969 lebenslang einen Rentenzuschlag, oder ihre Rente wird bei einem Vorbezug weniger stark gekürzt. Zweitens arbeiten Frauen öfter in Teilzeitsjobs und leben länger als Männer. Diese bezahlen insgesamt mehr als die Hälfte der AHV-Beiträge, beziehen total aber weniger Leistungen als die Frauen. In deren eigenem Interesse wiederum ist drittens eine stabile AHV. Denn ihre Pensionskasse, die zweite Säule der Altersvorsorge, reicht häufig nicht so weit, dass Lebensmittel, Kleider, Miete, Krankenkassenprämien und einiges mehr ohne Weiteres gedeckt werden können. Sie sind darum auf eine starke erste Säule eher angewiesen als Leute, die ein Leben lang ihre Pensionskasse füllen und obendrauf noch privat sparen konnten.

Ausserdem stellt sich die Frage: Warum bereitet ein Jahr länger arbeiten derart grosses Unbehagen, ausser dass sich ein Teil der Frauen als Betrogene sehen – ist



Die AHV als Generationenwerk: Junge kommen für alte Menschen auf.

BILD KEY



**Renten sichern**

Die Reform stabilisiert die AHV für rund zehn Jahre.

**Verantwortung**

Eine stabile erste Säule sichert die Renten der Jungen und die künftiger Generationen.

**Beitragslücken**

Wer zum Beispiel im Ausland war, kann Beitragslücken schliessen, wenn er länger als 65 arbeitet.



**Länger arbeiten**

Frauen müssen bis 65 im Erwerbsleben bleiben.

**Mehrwertsteuer**

Die Mehrwertsteuersätze werden angehoben, was alle Konsumentinnen und Konsumenten betrifft.

Arbeiten etwas derart schwer Erträgliches? Ja, für manche Menschen ist es das. Wer einen körperlich harten Beruf ausübt oder jeden Morgen nur deshalb aufsteht, damit am Monatsende Geld auf dem Konto liegt, für den oder die ist jedes zusätzliche Erwerbsjahr eine Qual. Doch das ist ein Missstand, der im Arbeitsmarkt verursacht wird und dort beseitigt werden sollte – nicht in der Altersvorsorge. Das Gleiche gilt übrigens für Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern, die sich via Beitragsätze auf die Sozialwerke übertragen.

Nun aber gibt es durchaus Frauen, vor allem bürgerliche, die bis 65 Jahre oder sogar darüber hinaus im Erwerbsprozess bleiben wollen. Wer Gleichberechtigung fordert, wie das die politische Linke tue, müsse auch beim Renteneintrittsalter dafür einstehen, argumentieren sie zu recht. Sie sehen zudem, dass diese Reform andere sinnvolle Elemente enthält: Möglich wird es etwa, Beitragslücken zu schliessen,

indem man länger als bis 65 Beiträge leistet. Wer sich zum Beispiel längere Zeit im Ausland aufhielt, kann seine Rente aufbessern.

**Zweifaches Ja ist notwendig**

Soll die AHV-Reform diesmal an der Urne durchkommen, braucht es ein doppeltes Ja. Denn die Vorlage, die ein höheres Rentenalter und daher Einsparungen vorsieht, ist mit der Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Mehrwertsteuererhöhung verknüpft. Das gesamte Paket könnte scheitern, wenn Volk und Stände die leicht höheren Steuersätze ablehnen.

Der Normalsatz soll um 0,4 und der reduzierte sowie der Sondersatz um 0,1 Prozent steigen. Damit werden alle, die einkaufen und konsumieren, für die AHV-Finanzierung herangezogen, besonders auch die bereits Pensionierten. Sie tragen gleichfalls zu einem Sozialwerk bei, in dem sonst wegen des Umlageverfahrens die jungen für die älteren Menschen aufkommen.

Laut dem Bundesrat wird die Reform der AHV für rund zehn Jahre Luft verschaffen. Von einer wirklich nachhaltigen Sanierung kann also kaum die Rede sein. Es wird weitere Schritte brauchen. Im Raum steht etwa die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die das Pensionsalter an die Lebenserwartung koppeln will. Das Geschäft ist noch nicht abstimmungsreif. Für den Moment bleibt folglich dies: Die AHV kann über die Mehrwertsteuer und ein längeres Erwerbsleben oder sonst über zusätzliche Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, über Lohnerhöhungen oder Rentenkürzungen finanziert werden. Nichts davon ist einfach oder angenehm und manches – tiefere Renten – sozialpolitisch kaum wünschenswert. Doch weiter zu warten, Zeit verstreichen zu lassen, ist nicht verantwortungsbewusst.

Die Chance, etwas für die junge Generation, unsere Kinder, Nichten und Enkel zu tun, haben wir jetzt. Die SN empfehlen ein Ja zu beiden Vorlagen.

# Unser Konsum bestimmt das Tierwohl

Nachhaltigkeit muss beim Konsumenten beginnen. Die Mehrheit der Schweizer entscheidet sich noch immer für das günstigste Fleisch, nicht prioritär für Fleisch von glücklichen Tieren.

Andrea Tedeschi

Es gab eine Generation, die sich nur am Sonntag Fleisch gönnte. Vor 70 Jahren war das Huhn so teuer wie heute ein Chateaubriand. Mit dem Masthuhn hat man das Poulet für die Massen erschwinglich gemacht. Es ist allein dazu da, innert 30 Tagen als Pouletbrust zu enden.

Hier will die Massentierhaltungsinitiative ansetzen. Sie fordert einen Bio-Standard für alle Schweizer Hühner, Schweine, Rinder und Kälber. Das Tier soll nicht nur einen ökonomischen Zweck erfüllen. So sollen nur noch 2000 Tiere pro Stall leben dürfen. Bei Masthühnern sind heute maximal 27000 und bei Legehennen 18000 Tiere erlaubt. Grössere Betriebe gibt es in der Schweiz im Gegensatz zum Ausland mit über 250000 Tieren nicht. Auch sollen die Nutztiere regelmässig auf die Weide dürfen. Vier von fünf Kühen, Rindern und Legehennen können bereits heute ins Freie. Die Schweine und Masthühner etwas weniger: Jedes zweite Schwein hat regelmässig Auslauf, bei den Mastpoulets sind es 8 von 100 Tieren.

Diese Tierhaltung hat die Schweizerin und den Schweizer bisher nicht



**Gesundheit**

Tiere, die weniger gestresst sind, produzieren weniger Stresshormone. Das kommt auch der Gesundheit der Menschen zugute.



**Import**

Die Initiative will ein Verbot von Importprodukten, die nicht biologisch produziert worden sind. Das betrifft Teigwaren aus Italien genauso wie Milkschokolade aus Belgien.

davon abgehalten, jedes Jahr über 50 kg Fleisch zu essen. Auf dem Spitzenplatz steht das Huhn gefolgt vom Schwein. Denn anders als man erwarten könnte, bevorzugen die Konsumenten nicht Fleisch aus besserem Tierwohl, sondern den tieferen Preis. Statt für Demeter, Bio oder sogenanntes Label-Fleisch aus besonders tierfreundlicher Haltung wie IP Suisse, Weidebeef oder Naturafarm, entscheiden sich die Menschen mehrheitlich für Fleisch aus konventionellen Betrieben. Damit bestimmen sie mit, wie unsere Landwirtschaft die Tiere halten kann und in welcher Qualität sie unser Fleisch produziert. Und genau hier liegt das Problem. Denn viele Bauern würden gerne mehr für das Wohl ihrer Schweine, Rinder oder Hühner tun. Doch wegen der tiefen Nachfrage ist die Zahl der Bauern beschränkt, die Fleisch aus besonders tierfreundlicher Haltung produzieren dürfen.

Die Schweiz nun zum Bioland zu machen, würde das Fleisch um 20 bis 40 Prozent verteuern. Das bestreiten auch die Initianten nicht. Das schafft eine Ungleichheit in der Gesellschaft. Denn für die Besserverdienenden ist das kein Problem, für die Geringverdiener hingegen schon. Es würde

wohl nicht so hart wie vor 70 Jahren, aber der Sonntagsbraten bekäme für sie wieder eine besondere Bedeutung. Damit sind wir bei der Frage, warum wir als Gesellschaft ein Tier nicht ganz verwerten, also nicht nur die Hühnerbrust essen, sondern auch die Hühnerherzen? So landen zum Beispiel jährlich 2,5 Millionen Legehennen nach 500 Tagen Eierlegen in der Biogasanlage und anderswo statt als Suppenhuhn im Kochtopf.

Die Massentierhaltungsinitiative wirft viele Fragen auf, die wir uns als Gesellschaft stellen müssen. Aber sie ist der falsche Weg und schwierig umzusetzen, zumal auch der Import betroffen wäre. Die Schweiz dürfte nur noch Bioprodukte importieren.

In der Pflicht stehen in erster Linie die Konsumentinnen und Konsumenten, wenn sie den Fleischkonsum in der Schweiz verändern oder sich für ein höheres Tierwohl einsetzen wollen. Wer das will, kauft Bio, direkt beim Bauer oder greift beim Detailhändler zu Fleisch aus besonders tierfreundlicher Haltung. Wem das zu teuer ist, isst weniger Fleisch oder mehr Suppenhühner.

Die «Schaffhauser Nachrichten» empfehlen, die Vorlage abzulehnen.

# Kleine und sinnvolle Reform

Reto Zanettin

Die Reform ist ein Mosaikstein in der Schweizer Steuerlandschaft, die international unter Druck steht. Da ergibt es Sinn, dass Finanzminister Ueli Maurer die Verrechnungssteuer auf Anleihen zinsen abschaffen will. Diese Abgabe ist für Schweizer Unternehmen, das Gemeinwesen sowie für ausländische Investoren ein Hindernis. Letztere müssen Aufwand betreiben, wenn sie ihre Steuer zurückfordern wollen. Deshalb verlangen sie von den Firmen respektive der öffentlichen Hand höhere Zinsen, was für diese die Finanzierung von Projekten verteuert. Wegen solcher Hürden emittieren manche Unternehmen ihre Obligationen inzwischen im Ausland. Dadurch ist der Schweizer Fremdkapitalmarkt gegenüber Standorten wie Luxemburg arg ins Hintertreffen geraten. Dieser Trend soll nun umgelenkt werden.

Die Gegner argumentieren, die Reform fördere die Steuerkriminalität. Doch wer Steuern hinterziehen will, wird das mit oder ohne Verrechnungssteuer tun, zum Beispiel, indem er sein Geld ins Ausland bringt. Besser, als an der 35-Prozent-Steuer festzuhalten, wäre es, den automatischen Informationsaustausch auf weitere Länder auszuweiten.

Die SN empfehlen ein Ja zu dieser Vorlage.



**Wertschöpfung**

Die Reform verspricht mehr Wertschöpfung in der Schweiz, weshalb die ganze Bevölkerung und nicht nur wenige Grosskonzerne profitieren.



**Steuerkriminalität**

Der automatische Informationsaustausch sollte mit weiteren Ländern vereinbart werden, was aber nicht Teil der Vorlage ist.